

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 3.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratennahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postkontokonto 7718 Köln.

Köln, den 16. Januar 1914.

Inserationspreis für die viersp. Postzeitung 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Bismarckwall 2. Telefonruf B. 1549. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Mehrfach schon ist in dieser Blatte darauf hingewiesen worden, daß gar keine Ursache vorhanden ist, das deutsche Wirtschaftsleben als im Niedergange befindlich anzusehen. Das wir schon Zeiten eines besseren Geschäftsganges hatten, ist ja unbedingt richtig; eine Stöckung im Wirtschaftsleben kann aber nicht gleich als Niedergang bezeichnet werden. Die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands schildert u. E. recht zutreffend Dr. Helfferich, der Leiter einer unserer größten Bankinstitute in der dritten Auflage seines Buches über den deutschen Volkswohlstand, wenn er schreibt:

„Konjunkturschwankungen gibt es immer und überall; wir haben in Deutschland im Zuge unseres wirtschaftlichen Aufstiegs mehrfach Rückschläge erlebt, mit denen die gegenwärtige Stöckung in keiner Weise verglichen werden kann. Deshalb beweist die Tatsache, daß augenblicklich der Puls des Wirtschaftslebens langsamer schlägt, nicht das mindeste für oder gegen unsere wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Dagegen möchte ich an dieser Stelle zwei charakteristische Erscheinungen hervorheben, denen eine Verweiskraft nicht abzupprechen ist. Zunächst die Gestaltung unserer Geld- und Kreditverhältnisse. Die verflochtenen zwei Jahre schwerer politischer Unruhen und Besorgnisse waren eine Art Feuerprobe. Als die Marokkokrise sich zuspitzte und als später die Balkanwirren sich zu einer internationalen Gefahr auszuwaschen drohten, konnten gewisse Fabrikanten öffentlicher Meinung im Auslande sich nicht genug tun mit den schwarzensten Schilderungen, welcher Zusammenbruch jetzt in Deutschland erfolgen müsse. Es galt als ausgemacht, daß unsere scheinbar glänzende wirtschaftliche Entwicklung auf einer maßlosen Ueberspannung des Kredits und auf dem Gelde des Auslandes beruhe, und daß jede ernsthafte Krise mit einer Erschütterung des Vertrauens und einer Zurückziehung der ausländischen Guthaben den inneren Koloß der deutschen Wirtschaft zum kläglichsten Einkurz bringen müsse. Ja, es ist heute noch im Auslande vielfach unausrottbar Ueberzeugung, nur die Furcht vor einem solchen Zusammenbruch habe Deutschland von Kriege um Marokko abgehalten. Heute, nachdem die zweijährige politische Krise an den Geld- und Kreditverhältnissen aller europäischen Großmächte gerüttelt hat, können wir feststellen, daß Deutschland aus dieser Krise zum mindesten in ebenso guter Verfassung hervorgegangen ist, wie die anderen großen Länder. Deutschland hat in diesen Jahren die Auslandsgelder, deren Bedeutung so maßlos übertrieben worden ist, glatt zurückbezahlt. Die Reichsbank verfügt trotzdem heute über einen um 500 Mill. Mk. höheren Goldbestand als vor wenigen Jahren: sie konnte im Oktober — in der Zeit des starken Herbstbedarfes — als erste und bisher außer der Oesterreichisch-Ungarischen Bank einzige von allen großen Notenbanken ihren Diskontsatz herabsetzen und im Dezember eine weitere Herabsetzung folgen lassen. Der Privatskontosatz des Berliner Marktes ist seit vielen Wochen niedriger als in London. Die Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes ist heute im Vergleich mit den ausländischen Märkten eine solche, daß der noch vor kurzem hier und dort genährte Gedanke, uns durch den Druck einer finanziellen Uebermacht politisch matt zu legen, sich fürs nächste von selbst verbieten dürfte. Der zweite Punkt, den ich hier als bezeichnend für unsere wirtschaftliche Kraft hervorheben möchte, ist die Gestaltung unseres Außenhandels im laufenden Jahre. Vom Januar bis Oktober erreichte die deutsche Ausfuhr einen Wert von 8318 Mill. Mk., gegen 7223 Mill. Mk. in den ersten zehn Monaten des Jahres 1912; die Zunahme beträgt also 1095 Mill. Mk. Dagegen war die Einfuhr mit 8804 Mill. Mk. um 22 Mill. Mk. niedriger als im Vorjahr. Daraus ergibt sich für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres eine Besserung der deutschen Handelsbilanz um rund 1120 Mill. Mk. Es ist klar, daß in allererster Reihe diese außerordentlich günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz uns geholfen hat, die Schwierigkeiten der jüngsten Zeit verhältnismäßig so gut zu überwinden. Es ist aber auch weiter klar, daß nur eine hochentwickelte Leistungsfähigkeit der wirtschaftlichen Produktion zu einer Kraftleistung imstande ist, wie sie eine Verbesserung der Handelsbilanz um mehr als eine Milliarde Mark in nur zehn Monaten darstellt.“

Die gekennzeichnete Lage des deutschen Wirtschaftslebens ergibt sich auch aus der Beschaffenheit des Arbeitsmarktes. Es ist jedenfalls eine äußerst interessante Tatsache, daß im gleichen Augenblick, wo berufsmäßige Schwarzarbeiter die Arbeitslosigkeit nicht groß genug schildern können, die Zahl der gewerblich Beschäftigten in Deutschland noch fortgesetzt gestiegen ist. Dafür lassen sich Zahlen anführen. Der Mitgliederstand der an die Reichsarbeitsblätter angegeschlossen Krankenkassen spiegelt ungefähr zwei Drittel aller gewerblich Beschäftigten in Deutschland. Für diesen Kreis berechnet sich die monatliche, zu resp. Abnahme der Beschäftigtenziffer gegen das Vorjahr im Jahresdurchschnitt auf:

Jahr	Differenz	Jahr	Differenz
1905	+ 221 538	1910	+ 226 967
1906	+ 215 703	1911	+ 275 427
1907	+ 156 969	1912	+ 292 357
1908	- 6 459	1913	+ 127 186
1909	+ 77 739		

Das sind Durchschnittszahlen, während in der folgenden Aufstellung die wirklichen Zahlen zur Geltung kommen. In den einzelnen Monaten des Jahres 1913, verglichen mit den Jahren 1907, 1908 und 1912, betrug die Abweichung der Beschäftigtenziffer gegen das Vorjahr:

	1907	1908	1912	1913
Januar	128 410	122 348	311 076	216 846
Februar	136 243	73 458	306 240	235 160
März	172 392	69 336	332 155	186 304
April	172 959	41 732	335 804	146 266
Mai	206 426	-23 361	330 555	150 724
Juni	160 317	-2 527	273 989	131 530
Juli	181 233	344	283 255	114 003
August	182 986	-21 404	290 448	92 665
September	159 305	-25 168	279 321	84 368
Oktober	149 327	-30 341	263 851	68 573
November	133 200	-37 882	254 374	54 707
Dezember	100 912	-47 925	247 156	45 086

Die Verlangsamung der Zunahme gegen Jahreschluß ist unverkennbar. Daß der Beschäftigungsgrad im Dezember 1908 aber weitaus ungünstiger war wie im gleichen Monat 1913 zeigt sich ebenfalls. Wenn trotzdem von einer Arbeitslosigkeit gesprochen werden kann, dann liegen die Gründe dafür weniger in einer Arbeitsbeschränkung, als in einer mehr wie gewöhnlichen Zunahme des Angebots von Arbeitskräften, durch Zuwanderung ausländischer Arbeiter, Verstärkung des Angebots von weiblichen Arbeitskräften usw.

Jedenfalls bietet die Verteilung des Geldmarktes für die nähere Zukunft keinen Grund zu allzu pessimistischen Betrachtungen. Die Tatsache der Herabsetzung des Zinsfußes der Reichsbank bei der Verzinsung noch nicht fälliger Wechsel von 6 auf 5 Prozent deutet darauf hin, daß der Geldumlauf sich wieder flüssiger gestaltet. Die großen Anleihen von Staaten und Kommunen sind ziemlich untergebracht. Auch von hier aus dürfte deshalb der Geldumlauf durch Ausführung der verschiedensten Pläne ein regerer werden. Auch dem Auslandshandel Deutschlands öffnen sich durchaus günstige Perspektiven. Das deutsche Geld, mit dem verschiedenen Staaten geholfen wurde, wird zweifelsohne für das deutsche Wirtschaftsleben werden. Fremdes Geld wurde in den letzten Jahren infolge der verschiedensten politischen Vorgänge aus Deutschland herausgezogen. Das hat dem deutschen Wirtschaftsleben wenig Abbruch getan. Aus eigener Kraft und der geschäftlichen Unternehmungslust des deutschen Volkes hat das heimische Wirtschaftsleben einen weiteren Aufstieg genommen. Nicht nur Deutschlands Wirtschaftsleben ist so erblüht und so gesund, daß nicht nur das notwendige eigene Geschäftskapital vorhanden ist, sondern Deutschland heute als einer der bedeutendsten Bankiers in der Welt dasteht. Zu wünschen wäre nur, daß sich auch die deutsche Arbeiterschaft in ihren Organisationen kraftvoll regte, um ihren Anteil an der Gesamtentwicklung zu erzielen. Ein Pessimismus im Arbeiterlager, der zum guten Teil die Ursachen der vorhandenen Arbeitslosigkeit an der verkehrten Stelle sucht, ist durchaus nicht zu fruchtbringender gewerkschaftlicher Arbeit geeignet.

Gewerkschaften als Kapitalgeber.

Zu der Öffentlichkeit, insbesondere in der Tagespresse wurde in den letzten Monaten das Thema: „Die Gewerkschaften als Kapitalisten“ recht eingehend behandelt. Neueren Anlaß dazu boten Differenzen, die zwischen der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der deutschen Bank entstanden, als die letztere Bankbeamte maßregelte, weil sie für Forderungen ihrer Kollegen eintraten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der sozialdemokratische Bergarbeiterverband der Stadt Hildesheim eine Anleihe von 600 000 Mk. bewilligt hatte. Mit einigem, nicht ganz unberechtigten Schrecken sahen die bürgerlichen Organe die Gefahr nahezuhängen, daß sich große Kommunen in finanzieller Abhängigkeit von der Sozialdemokratie begeben. Deren Organisationen — Gewerkschaften, Konsumvereine, Volksfürsorge — befinden würden. Die Sorge wuchs noch, als sich herausstellte, daß eine Reihe von Banken sich sofort bereit erklärten, die etwa bei der deutschen Bank freiverwendenden Gewerkschaftsgelder zu günstigen Bedingungen zu übernehmen. Ob die Vergabe von Geldern der sozialdemokratischen an Städte einzuweisen so gefährlich ist wie hier und da angenommen wird, lassen wir dahingestellt; interessant ist jedenfalls, daß eine große Stadt mit den von den sozialdemokratischen Gewerkschaften geliehenen Geldern ihre Kasernen baut, die durch die letzte Militärvorlage nötig wurden.

Vom kaufmännischen Standpunkt aus ist es ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften versuchen, ihre Gelder zu möglichst günstigen Bedingungen unterzubringen. Ebenso

selbstverständlich ist, daß in geldknappen Zeiten (und in Staat und Gemeinden sind diese „gar nicht rar“), bedrängte Finanzdezernten mit dem Spürsinn einer Büchsekrute nach schnüffeln, wo noch Gelder zu holen sind. Die Kapitalien der sozialdemokratischen Gewerkschaften und auch die 10 Millionen Mark unserer Bewegung fangen allmählich an, bei den Berechnungen der Kapitalbedürftigen Institutionen eine Rolle zu spielen. In Zukunft werden wohl noch mehr als bisher schon diese Kreise mit Wünschen nach Darlehen an uns herantreten. Wenn es sich um Institutionen handelt, die Mündelsicherheit bieten können, läßt sich solchen Wünschen sehr wohl näher treten. Voraussetzungen ist allerdings, daß den Gewerkschaften genau so gut wie den privaten Geldgebern angemessene Gegenbedingungen gewährt werden. Ob nun heute schon die christliche Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, im Verkehr mit Kapitalnehmern alle Vorteile herauszuholen, die gleich kapitalkräftigen Privatleuten zuteil werden, kann bezweifelt werden.

In unserer Bewegung hat man sich im großen und ganzen auf den Standpunkt gestellt, daß die Finanzgebarung unserer Gewerkschaften sich in der Hauptsache darauf beschränken solle, für ordnungsmäßige Abrechnung und Beitragseintreibung in den Zahlstellen und bei den Hauptkassen zu sorgen. Der zweckmäßigen Ausnutzung der angesammelten kleinen und großen Kapitalien, die doch im eigentlichen Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder liegt, hat man weniger gedacht. Konnte es auch kaum, weil andere Aufgaben dringender waren.

Die Geldanlage innerhalb unserer Gewerkschaften leidet vornehmlich an folgenden Schwächen:

1. Die etwa 10 Millionen Mark Vermögen, die wir heute haben, verteilen sich auf ca. 25 Verbände und etwa 3000 Zahlstellen. Jede dieser selbständigen größeren oder kleineren Kassenverwaltungen legt ihre Gelder in der Regel bei der oder den nächsten Sparkassen an und nimmt mit dem üblichen Zinsfuß zufrieden. Besondere Ansprüche können nicht gestellt werden, weil in der Regel die Kleinheit der vielen Beiträge das nicht zuläßt. Lediglich einige größere Verbände konnten vereinzelt höhere Ansprüche stellen. Jedoch auch hier zeigte sich der Mangel an gegenseitiger Zahlungsnahme zwischen den einzelnen Kassen. Zum Beispiel gab ein Verband einem mündelsicheren Institut 400 000 Mk. zu einem Zinsfuß, der 1/2 Prozent höher war, wie ihn ein anderer Verband erhielt, der nur 100 000 Mk. diesem Institute zur Verfügung stellte. Hätten beide Verbände gemeinsam 500 000 Mk. zur Verfügung gestellt, so wären allein in diesem einem Falle jährlich 500 Mark mehr an Zinsen zu erzielen gewesen. Ob nicht noch andere Fälle gleicher Art vorliegen, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Verteilung der Gelder, und der Mangel an Zahlungsnahme zwischen den gewerkschaftlichen Geldgebern läßt also den Geldnehmer gute Geschäfte machen.

2. Ein Verband kann leicht in die Lage kommen, eine günstige Gelegenheit zu guter Kapitalanlage verkannt zu lassen, weil er infolge anderweitiger Festlegung gerade nicht über die nötigen Mittel verfügen kann. Der andere Verband, der gerade Mittel in Fülle und Fülle zu niedrigem Zinsfuß stehen hat, kann die Gelegenheit nicht ausnutzen, weil er nichts von ihr weiß.

3. Eine Menge kleiner und größerer Summen liegt wochen- und monatelang in den Zahlstellen zins- und nutzlos herum, weil die Geschäftskunden der Sparkassen in die Arbeitszeit fallen und dadurch die Einzahlung und Abhebung von Spargeldern, den zum großen Teil im Arbeitsverhältnis stehenden Kassieren erschwert wird. Der in den meisten Verbänden eingeführte Modus der monatlichen Teilzahlung oder Abrechnung kommt deshalb im großen und ganzen, weil die Einzahlung bei der Post einfach vor sich geht und durch den Postwechsel noch vereinfacht worden ist.

4. Bei den heutigen Verhältnissen ist ein einzelner Verband kaum in der Lage, größere Erfahrungen auf dem Gebiete der Geldanlage zu sammeln und sich Routine im Verkehr mit den Geldnehmern anzueignen. Der Geldmarkt kann nur mangelhaft beobachtet werden. Beim Kauf von Papieren ist man fast stets auf den nicht immer uneigenmächtigen Rat des Bankiers angewiesen. Die Erfahrungen gewiegter, vertrauenswürdiger Finanzmänner zu hören und zu verwerten, ist dem einzelnen Verband nur selten möglich.

Diese Schwächen könnten gemindert oder beseitigt werden durch eine bankähnliche Zentralkasse für den Geldverkehr innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung etwa im Anschluß an das Generalsekretariat.

Dabei sei bemerkt, daß es sich kaum darum handeln kann, eine Bank zu gründen, die alle Gewerkschaftsgelder an sich saugt. Das wäre verfehlt, weil man nicht das ganze Gewerkschaftsvermögen gewissermaßen auf zwei Augen stellen kann. Dagegen wäre die Errichtung einer Zentralkasse für den Geldverkehr mit etwa folgenden Aufgaben sehr wohl am Platz:

1. Auffassung aller kleinen Kapitalien innerhalb der Bewegung, Zusammenlegung derselben zu größeren Kapitalien und rationelle Ausnutzung dieser.

2. Vermittlung von günstigen Geldanlagen an die Verbände mit großen Kapitalien. Insbesondere kann beim Anlegen des Geldes mehrerer Verbände an einer Stelle, der Einfluß des gesamten Kapitals, nicht nur des Kapitals des einzelnen Verbandes, geltend gemacht werden.

3. Beobachtung des Geldmarktes, insbesondere des Wertpapiermarktes, Mitteilung an Verbände, die Papiere zu kaufen beabsichtigen. So. Uebernahme des Kaufs derselben.

4. Einrichtung eines Giroverkehrs für unsere Bewegung. Zahlungen der Verbände und des Generalsekretariats unter sich sollen in diesem Verkehr durch die zu schaffende Stelle erledigt werden.

6. Bezeichnung von Wertobjekten (Spartassendbücher mit längerer Kündigungfrist, unter pari stehende Wertpapiere u.) der Verbände mit augenblicklich großem Geldbedarf (durch Streiks u.).
 6. Eintreibung von Forderungen der Verbände an faule Schuldner usw.
 7. Das Heranziehen von Spargeldern der Gewerkschaftsmitglieder ist im Auge zu behalten.
 8. Der größte Vorteil einer solchen Stelle, ideell und materiell gewertet, würde darin bestehen, daß das ganze finanzielle Gewicht unserer Bewegung von einer Stelle aus geltend gemacht werden könnte, ohne daß sich die Verbände ihres Verfügungsrechtes begeben.

Auf die Frage: Ist ein solcher Plan durchführbar, ohne die Bewegung zu belasten? ist zu antworten, daß das Unternehmen sich, vielleicht abgesehen vom ersten Jahr, in der ersten Zeit selbst ernähren und nach einigen Jahren Überschüsse abwerfen würde, die der Bewegung zufließen könnten. Nach einer äußerst vorsichtig aufgestellten Berechnung, die damit rechnet, daß vorerst etwa 900 000 Mk. (also nicht ein Zehntel des Gesamtvermögens) der Zentralstelle gegen einen etwas höheren als den sonst üblichen Zinsfuß von den Verbänden zur Verwertung überlassen würde, dürfte schon im ersten Jahre ein kleiner Gewinn zu erzielen sein, der sich bei steigendem Umsatz natürlich vergrößern würde.

Welche gesetzliche Form der zu schaffenden Einrichtung zu geben wäre (Aktiengesellschaft, G. m. b. H. u.) wäre noch zu überlegen. Ein solches Unternehmen könnte natürlich nur dann bestehen, wenn es sich des Vertrauens aller Beteiligten erfreute. Zur Gewinnung des Vertrauens käme neben den allgemein üblichen Grundrissen noch folgendes in Frage: Satzungsgemäß wäre festzulegen, daß, sagen wir einmal $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{20}$ des der Stelle zur Verfügung stehenden Kapitals wüchsenförmig angelegt werden muß. Die obengenannten Gewinne wären als Mindestgewinne trotzdem zu erzielen. (Man beachte, daß heute die Kommunen Gelder mit Dank für $4\frac{1}{2}$ % aufnehmen, Zinssätze bis zu 5 % sind nachweisbar nicht selten, Angebote von Provisionen bis zu 2 % liegen ebenfalls vor.) Die Eingänge der Ortskassen könnten in den entsprechenden Verbandsorganen veröffentlicht werden. Allwöchentlich könnte eine Kassenprüfung durch mehrere Kassenprüfer stattfinden, die eventuell bestimmten Stellen regelmäßig Bericht zu geben hätten.

Die vorstehenden Ausführungen erheben keinen Anspruch darauf, vollständig zu sein. Sie bewegen, eine wichtige Frage, die schon seit Jahren in der Luft liegt, einmal positiv anzuschneiden. Der günstige Zeitpunkt zur Erledigung derselben dürfte in greifbarer Nähe liegen. Der vorgeschlagene Weg ist gangbar, wie das Beispiel der Schweiz beweist. Die Vorteile, denen Nachteile kaum gegenüber stehen, dürften auch vorsichtig abwägende einer Lösung der wichtigen Frage günstig stimmen. Es liegt sicherlich im Interesse unserer Bewegung, wenn die beschließenden Organe derselben dieser Frage baldmöglichst näher treten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 3. Monatsbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Januar fällig ist.

Die Jahresspille Langenbrücken erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrags von 10 Pfg. (Gesamtschreibbeitrag 60 Pfg.).

Fragen der Bodenreform.

Die Kohlenpreise Deutschlands übersteigen bis zum Jahre 1865 Staatsregale. Der Staat konnte für sich Kohlenfelder reservieren, und wenn er Erfindungsrechte an Private verleiht, so mußten sie den „Zehnten“ des Bruttoertrages an den Fiskus entrichten. Durch Aufhebung dieser Abgabe wurde aber die Bergwerks-Struktur vollständig dem Privateigentum ausgeliefert. Das schloß aber war, daß unter der Leitung „Bergbaufreiheit“, das Gesetz vom 21. Juni 1865 jedem Ja- und Anbau der Kohle weichen, auf noch freien Stellen nach Bodenbesitzern zu übertragen mit der Bedingung, daß der Staat verpflichtet war, ihm für je 100 bis 150 Morgen des Bodenertrags für die Kohlenfelder von über 2 Millionen qm Fläche zu verkaufen, wenn der glückliche Eigentümer ein ebensolches Lager entdeckt hätte. Aus diesem war das Gesetz bei „Unterlassung des Betriebes“, wenn nach der Entdeckung des Oberbergamts übermiegende Gründe bei öffentlichen Interessen entgegenstehen, den Besitzer des Bodenertrags mit der Erziehung des „Bergbauzinses“, wenn er den Betrieb binnen einer Frist von 6 Monaten nicht aufnimmt, aber die hohen Kapitalausgaben haben es weitergehend verstanden, so weit die deutsche Kohle unter der Erde ruht, der Oberbergamt des Staates bis zum tiefen Kupferposten zu begraben.

Auf so sind sie denn, nachdem sie sich zu unzulässigen Spekulationen verhalten haben, auch förmliche Bergbaurechte an sich gekauft, unerschöpfliche Herden über unsere Kohlenpreise geworden, wobei der Staat für durch eine veraltete Preis- und Zinspolitik noch unterstützt, selbst ihnen durch höhere Kohlenpreise der Staatsregierung und höherer Einkommen für ausländische Kohlen entgegenzuwirken. Daher das langsame Steigen der Kohlenpreise! So ist die Kohlenpreise an der Schmelzschmelze 1886 4,68 Mk. pro Tonne, 1907 aber schon 2,52 Mk. Nebenbei muss man, daß die die Erfindungsrechte bis 1912 auf über 177 Millionen Lo., also um das zehnfache hing, so läßt sich rascher berechnen, wie groß die Summe ist, die der Kohlenbesitzer gegen 1886 den Mineralien hat mehr bezahlen müssen.

Die Aufhebung der Bergbaurechte mit steigenden Löhnen ist für den Kohlenbesitzer nicht zureichend. Der ganze Kohlenbesitzer wandert in die Taschen der 20-30 und mehr Prozent Diebstahl beziehenden Mineralien, sehr zum Schaden nicht nur der Bergarbeiter sondern auch anderer Industrie und eines jeden Landmannes. Durch Aufhebung der Zahl der Betriebe — wodurch ganze Dörfer zerstört werden können — und die nötigen Anordnungen, wird aber bei jeder Probe des Kohlenbesitzers zu noch höherer Gewalt, ohne daß der Staat sich auf seine veraltete Politik und Spekuliererei bekennt, das Bergbaurecht bei Kohlenbesitzern aufzuheben, wenn das öffentliche Interesse fordert!

Wichtig ist, die wichtigsten bereits übergebenen Sozialistenpreise haben die Kohlen der Braunkohle, vom 1. bis 1912

Ausschluss aus dem Verbands. Das bisherige Mitglied Konrad Traubte, Buchnummer 74117, zuletzt in der Zahlstelle Essen, ist wegen unkollegialen Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen worden.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 39 780, Rüdiger Niehaus; Nr. 45 850, Barth. Dollen; Nr. 67 427, Jakob Weibel; Nr. 79 434, Franz Duwentaster; Nr. 92 748, Alfred Jablitz. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Teilzahlungen an die Hauptkasse. Nach § 81 der Verbandsstatuten sind von allen Zahlstellen monatlich Teilzahlungen an die Hauptkasse zu leisten. Auch keine Zahlstellen sollen Teilzahlungen einfordern, sobald der am Ort liegende Anteil der Hauptkasse den Betrag von 20.— Mk. übersteigt. In Zukunft werden die Zahlstellen veröffentlicht, welche bis zum 1. des jeweiligen Monats ihre Teilzahlung eingeschickt haben. Die Veröffentlichung wird erstmals nach dem 1. Februar erfolgen. Die Kassensührer wollen deshalb für regelmäßige Ueberweisung der Teilzahlungen Sorge tragen.

Die Vorteile des Sammelverkehrs, der bei der Hauptkasse eingeführt ist, können nur dann voll ausgenutzt werden, wenn alle Selbstverbände, die die Hauptkasse zu machen hat, an einem Tage erledigt werden. Man wolle deshalb Selbstverbände für Streiks usw. so bestellen, daß sie am Donnerstags jeder Woche von der Hauptkasse erledigt werden können.

Lohnbewegung.

Mit der Küchenmöbelfabrik Mandt & Mendel in Lengsdorf bei Bonn wurde der am 1. April d. J. zum Ablauf kommende alte Vertrag erneuert, und bis zum 1. April 1918 verlängert. Die jetzige Arbeitszeit von 56 Stunden wird während der Vertragszeit auf 54 Stunden pro Woche verkürzt und alsdann die täglich 9 stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Stundenlöhne der Maschinen- und Lohnarbeiter werden am 1. April 1914 um 2 Pfg., am 1. April 1915 um 2 Pfg., am 1. April 1916 um 1 Pfg. und am 1. April 1917 um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Werden Akkordarbeiter im Stundenlohn beschäftigt, so erhalten diese den im Durchschnitt verdienten Akkordlohn ausgezahlt. Die niedriger stehenden Akkordpreise wurden entsprechend erhöht. Neue Akkordpreise müssen im Verhältnis zu den bestehenden Akkordpreisen mit dem Arbeiterausschuß vereinbart werden. Die Abschlagszahlung der Akkordarbeiter wird ab 1. April d. J. um 2 Mk. und ab 1. April 1916 um 1 Mk. pro Woche erhöht. Ueberzeitarbeit, Wohnzahlung und Kündigung bleiben wie bisher, als Schlichtungsinstitut fungiert der Arbeiterausschuß in Verbindung mit den Organisationsvertretern. Aus diesem Vertragsabschluss sollten nunmehr auch die in Bonn in derselben Branche tätigen Kollegen die entsprechenden Lehren ziehen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wiesenthal (Unterfranken). Schön, sehr schön sogar, wollten ein Teil der Säger bei der Firma Dorn sein. Vor ungefähr einem Jahr hatten sich bei der Firma die Säger organisiert. Nach kurzer Zeit gelang schon eine Erhöhung der Löhne zum Teil sogar um 4 Pfennig die Stunde. Nun meinten die meisten: Jetzt haben wir die Lohnverbesserung; wir brauchen den Verband nicht mehr! Sie erklärten ihren Austritt bis auf wenige Kollegen, die weiter tren zum Verbands hielten. Vor wenigen Wochen wurde

das Sägewerk, wahrscheinlich auf längere Zeit, stillgelegt. Die Kollegen wurden alle arbeitslos und die ganz Schläuen waren jetzt die blamierten. Die Kollegen aber, die dem Verbands treu geblieben waren, erhielten nicht nur allein Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, sondern es gelang auch den Bemühungen unseres Vorstandes, die Kollegen nach kurzer Zeit in einem anderen Sägewerk unter zu bringen, während die andern jetzt alle noch arbeitslos sind. Hoffentlich kommen jetzt die Kollegen zur Einsicht. Der Fall diene aber den Sägern andrerwärts auch zur Lehre. — Unsere am 4. Januar stattgefundene General-Versammlung nahm einen guten Verlauf. Mit Befriedigung konnte der Vorsitzende Kollege Heurung eine schöne Entwicklung der Zahlstelle im vergangenen Jahr feststellen. Um auch eine bessere Stärkung der Ortskasse zu erzielen, wurde beschlossen, den Ortskassenbeitrag um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Unser Bezirksleiter Kollege Erpenbea hielt in der Versammlung einen Vortrag über die Bedeutung des dritten deutschen Arbeiterkongresses. In der Diskussion kam es zu einer lebhaften Aussprache über das Verhältnis zu dem kaff. Arbeiter-Verein. Es soll versucht werden, mit dem Verein eine Verständigung zu erzielen, damit in der Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht ist.

Bamberg. In aller Erinnerung sind noch die Vorgänge in der hiesigen Möbel-Industrie, wo die Genossen bei dem Versuch, unsere Mitglieder außer Brot und Arbeit zu bringen, sich eine Niederlage holten, an die sie noch lange denken werden. Allmählich klären sich auch jetzt Einzelheiten, die damals zu beobachten waren. Unter anderem machen wir die Wahrnehmung, daß nicht allein die „Genossen“ genau die Zahl unserer in der Fabrik beschäftigten Kollegen, sondern auch sofort von jedem einzelnen, Namen, Geburtsort usw. wußten. Von Bamberg aus, wurden die „Genossen“ in der Heimat unserer Kollegen veranlaßt, auf die Eltern und Verwandten dieser einzuwirken, damit unsere Kollegen die Arbeit in Bamberg wieder niederlegen sollten. Wie konnten die Bamberger „Genossen“ sofort Namen und Geburtsort unserer Kollegen kennen, wo dieselben doch in Bamberg fast vollständig unbekannt waren und aus den verschiedensten Orten und Gegenden Deutschlands stammten? Das Rätsel löst sich. „Genosse“ Pelikan, seines Berufs Arbeitersekretär und Führer der Bamberger „Genossen“, hatte den Mut sich zu rühmen, in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender der Ortskrankenkasse Bamberg, sich von der Krankenkasse Namen und Geburtsort unserer Kollegen verschafft zu haben. Daß er sich eines Mißbrauchs seines Amtes schuldig machte, scheint dem „Genossen“ Pelikan, wenig Strupel bereitet haben. Sonst würde er sich seiner Tat gewiß nicht noch rühmen. Man kommt unwillkürlich zu der Vermutung, daß ein Zusammenhang in der Beschaffung der Namen von der Ortskrankenkasse und der Beeinflussung der Verwandten unserer Kollegen besteht. Damit wäre die Sache noch schlimmer. Es wäre Aufgabe des Versicherungsamtes, die Sache zu untersuchen und nach dem Rechten zu sehen. Unseres Erachtens können Personen, die ihr Krankenkassenamt in dieser Weise in den Dienst der soz. Bewegung stellen, nicht länger einen Vorstandsposten in einer Krankenkasse bekleiden.

Essen. Wie unangenehm den hiesigen „Genossen“ das in Nr. 52 des „Holzarbeiter“ veröffentlichte Dokument des Zwangsmitgliedes Glöner im Betriebe von Gebrüder Schürmann ist, zeigt wohl am besten das Belegheftsgestammel in der Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 1, 1914). In Ermangelung stichhaltiger Gegenbeweise klammert man sich an Nebenlichkeiten. Die „Genossen“ werden sich inzwischen in der folgenden Nummer unseres Organs überzeugen haben, daß ihr Hinweis auf die „christliche“ Wahrheitsliebe in Bezug darauf, daß noch einige Kollegen unseres Verbandes bei der Firma Schürmann beschäftigt sind, höchst unangebracht war. Es ist hier ausdrücklich die Beizehre hervorgehoben. Daß dies aus dem ersten Artikel nicht klar zu ersehen war, ist auf einen besonderen Umstand zurückzuführen, den aufzuklären wir den „Genossen“ gegenüber keine Veranlassung haben. Unwahr ist die fernere Behauptung, daß uns der Austritt des Kollegen E. deshalb besonders schmerzlich sei, weil er

bereits über 80 Millionen Lo. betrug, hervorgerufen, und viele Fabriken haben, um am Brennmaterial sparen zu können, dafür besonders geeignete neue Kesselanlagen gebaut. Besonders wird die Braunkohle aber für die Erzeugung elektrischer Energie der Überlandzentralen noch eine sehr große Bedeutung haben. Und da kommt plötzlich die Nachricht, daß nunmehr auch die deutsche Braunkohleproduktion monopolisiert werden soll und zwar durch den böhmischen Braunkohle-Magnaten Pöschel, der mit Hilfe von Wiener Bankes überall sozialistische Braunkohleanlagen aufkauft, daß er dadurch einen ausschlaggebenden Einfluß auf unsere Braunkohlepreise gewinnen muß. Das bedeutet eine neue ungeheure Belastung unseres ganzen Wirtschaftens und zwar noch zu Gunsten ausländischer Kapitalisten!

Denn man vergesse doch nicht, daß unsere Braunkohle das Material zu den Dreifels liefert, die schon jetzt so teuer sind, daß in den meisten kleineren Haushaltungen im Winter die Stuben garnicht oder nur sehr ungenügend geheizt werden. Die ganze Familie leidet sich in der Küche zusammen, weil Kohlen geparkt werden müssen!

In Erkenntnis dieser Sachlage hat der Bund Deutscher Bodenreformer auf seiner Tagung in Straßburg den Vorstand beauftragt, seine Eingabe an Regierung und Volkswirtschaft auszuarbeiten, besetzt der unserer Braunkohleindustrie drohenden Gefahr entgegenzuwirken werde, solange es noch nicht zu spät ist. Denn Deutschlands Bodenbesitzer bilden vorwiegend das lästige Braut seines Volkes und sind nicht dazu da, um in den Taschen der Herren Aktionäre immer höhere Dividenden zu heben, während das Volk hungern und zu frieren!

Die wichtigste Gemeindegrundbesitzer für den Wohlstand der Bürger ist, jetzt besonders ein lehrreiches Beispiel des Städtchens Ringenberg an Rhein. Eine 1587 Gemeindefestung ist in der glücklichen Lage nicht nur keine Steuern zahlen zu brauchen, sondern erhalten jährlich noch eine recht erhebliche Summe von der Gemeindekasse ausbezahlt. Die Quelle dieses Segens ist vorwiegend ein Leinwandweber, welches einen guten, feinsten Lein für Scherereien liefert. Es bringt eine jährliche Nettoeinnahme von 270 000 Mk., während die verhältnismäßig hohen Gemeindeausgaben etwa 100 000 Mk. betragen. Bei dem staatlich anerkannten Steuerlohn von 24 000 Mk. würde — bei Fehlen des Gemeindeauskommens aus dem Grundbesitz — der kommunale Steuerbeitrag ca. 40 Prozent betragen, was den erheblichen Ansehensverlust für diesen! Es muß auch jeden Gemeindeführer und Staatsbürger im klaren sein, wenn er erzählt, daß die im Jahre 1870 in Ringenberg „von Gemeinde wegen“ jener ein Reichthümlicher paradiese erhalten. Wahrscheinlich, da ihnen Gemeindeführer und Staatsbürger noch gegeben! Das von einem Betriebsleiter verordnete Leinwandweber beschäftigt 1. B. 52 Arbeiter bei sehr guten Lohn- und Arbeitsverhältnissen.

Infolge des großen Andranges der nur aus Einheimischen zu lässigen Anwärter können sie bei Anmeldung im 14. Lebensjahre gewöhnlich erst im dreißigsten eingekleidet werden. Wie würde es in Ringenberg wohl aussehen, wenn die Gemeindeväter — etwa vor 50 Jahren — das Leinwandweber an irgend eine Aktiengesellschaft — wenn auch für einen noch so hohen Preis — verkauft hätten? — Das Geld wäre bald dahin gewesen, das Gemeindefüllhorn aber auf immer verstopft! — Es gibt noch einige andere Dörfer, z. B. Ebern in Unterfranken, Winkel im Elsaß, auch das Dorf Alferthen im Oberwesterwaldkreis, wo keine Steuern erhoben werden, weil die Gemeindeväter ein erhebliches Einkommen aus ihrem Grundbesitz haben. Ein ähnliches Glück ist den Bürgern des Städtchens Bärwalde in der Rheinmark durch seinen 5000 ha großen Waldbesitz beschieden. Nur brachte Bärwalde in neuerer Zeit den nach Dedung der Steuern und des Holzbedarfs seiner Bürger verbleibenden, noch recht erheblichen Ueberflus nicht zur Verteilung, sondern sammelte ihn zu einem Fonds, der dem Städtchen erlaubte, unlängst lästige Straßen mit taubelförmigen Reihensplätzen zu versehen. Infolge dieser außerordentlichen Aufwendung — zu welcher der Fonds wohl nicht ganz ausreichte — müssen die Bürger seit vorigem Jahre — aber nur „zeitweilig“ — 40 % Steuern entrichten. Man will jedoch nach Bilanzierung der lästigen Finanzen einen neuen Fonds sammeln, um Bärwalde, sobald als möglich mit einer modernen Kanalisation und Wasserleitung zu beglücken. Die Stadt kann also große kommunale Einrichtungen ohne Anleihen — deren Zinsen ja den Bürgern nur zur Last fallen würden — durch keine Grundrente ins Leben rufen. Wohlstand und Landreichtum erlaubten sogar der Gemeinde, im Mai v. J. 20 Morgen Land der „Frauenhilfe“ zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Frauenschule mit Seminar für Haushaltungslehrerinnen zu schenken, und zu diesem, „Luisenhof“ benannten Institut, wurde bereits am 19. Juli der Grundstein gelegt. So wird die Stadt durch seinen Grundbesitz zur Wohlthäterin weiter Volkshilfen Deutschlands, wo in der Aera der Landflucht und der Fabrikarbeit der Haushaltungsunterricht zu einem dringenden Bedürfnis der Volksschule geworden ist.

Jedem Bürgermeister, auf dessen Anraten das Gemeindegrundbesitz verhandelt und verhandelt wird, anstatt es in weiser Zukunftsfürsorge für seine Gemeinde zu mehrern, möge es ergehen wie dem Bürgermeister der schlesischen Kreisstadt Spottau vor etwa einem Neunhundert. Einst an Land und Wohlstand reich, ist sie heute mit Steuern ebenso belastet wie die meisten Dörfer und Großstädte Deutschlands. „Mit Schimpf und Schande haben wir jenen Bürgermeister forsgelagt“, hört man noch heute alle Bürger erzählen, die sich noch des einstigen Segens jenes Gemeindegrundbesitzes erinnern, leider aber zu spät erkannt haben, daß Gemeindegrundbesitz und Bürgerwohl zusammenfallen.

unser Beitragskassierer im Betriebe gewesen sei. Es war bei uns weder in dem Betriebe Schürmann, noch sonst irgendwo Beitragskassierer. Um allen Zweifel auszukurieren, haben wir dem Kollegen E. nachträglich Gelegenheit gegeben, seine eigenhändig an uns gerichtete Postkarte mit dem Abdruck derselben in unserm Verbandsorgan zu veröffentlichen. Ihre eigene Unschlüssigkeit auf andere übertragend, zweifeln die „Genossen“ ja auch die Echtheit der zum Abdruck gebrachten Ausdrucksverläufe an. Unwahr ist die weitere Behauptung, daß der Kollege E. die Frage, ob er auch nur einen Fall anführen könne, der sein Schreiben an uns rechtfertige, verneint habe. Wahr ist vielmehr, daß er von dem schon im vorigen Artikel genannten Genossen Weiß direkt zum Uebertritt gezwungen ist. Diese beiden Kollegen mußten zusammengehörige Stücke heizen. Wenn so zwei oder drei zusammen arbeitende Kollegen sich nun nicht ganz sicher auf einander verlassen können, ist es ein Leichtes, Arbeiten von Stunden und Tagen zu verderben. Weiß hat E. nun, nachdem alle anderen Mitglieder unseres Verbandes übergetreten waren, und Piesch aufgehört hatte, sorgfältig das Leben verreckelt und schließlich einige Wochen vor Weihnachten gesagt, falls E. nicht übertreten würde, so würde er noch schärfer gegen ihn vorgehen. Um nun nicht vor Weihnachten herausgegrault zu werden, erfolgte der Uebertritt. Der von vielen, ja vielleicht den meisten Essener roten Holzarbeitern begehrt, in Gnaden vom roten Holzarbeiterverband wieder aufgenommene „Genosse“ Jochke hat bei diesem löblichen Beginnen getreu sein Wort gehalten. Jochke, bei unsern älteren Mitgliedern als hervorragender Christenreifer bekannt, frug zu unsern größten Entsetzten in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 bei uns höflich an, ob er nicht zu uns übertreten könne. Wie sich dann im Laufe der mehrfachen Unterredungen herausstellte, war J. entschlossen, mit seinen bisherigen Freunden sowohl in Gewerkschaft wie in Parteikreisen endgültig zu brechen. Nach diesen Erklärungen bestanden für uns keine Bedenken mehr, den Uebertritt zu vollziehen. Biete ein Jahr lang war J. bei uns zahlendes Mitglied. Versammlungen hat er nicht besucht. Durch die Vermittlung des jetzigen roten Lokalbeamten wurde dann schließlich erreicht, daß J. wieder in den soziald. Verband aufgenommen wurde. Da dieser Ueberläufer nun erneut wieder in Christenreiferen macht, so empfehlen wir ihn allen unsern Kollegen, damit sie seiner in Zukunft besonders gedenken.

Wir würden wirklich nicht so viel Aufhebens von dem Uebertritt des Kollegen Eisner gemacht haben, wenn es sich erstens um einen Gesinnungsgegenossen von Jochke und zweitens um einen Einzelfall gehandelt hätte. Weibes trifft aber nicht zu. Der Kollege E. hat uns erneut versichert, daß er sich nur als Zwangsmittel im roten Verband fühle und sobald als möglich wieder zu uns übertreten werde. Ferner stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß daselbe, was Eisner geschrieben hat, uns noch in viel drastischerer Weise von den ebenfalls durch Zwang zum Uebertritt veranlaßten Kollegen Meißner, Meier, Wessels, Reinecke, Wibe, sowie auch von dem inzwischen aufgehörten Kollegen Piesch unter Bezug versichert ist. Nachdem wir diesbezüglich bereits den leitenden Kollegen des roten Verbandes persönlich Mitteilung gemacht, waren wir gespannt, wie die Antwort auf unsere Berufigungen lauten würden. Und wie lautet diese? Hier ist sie:

„Mögen es unsere Kollegen in Essen nur den Kollegen im Betriebe Schürmann gleich tun.“ Angefichts dieser Antwort möchten wir verschiedenen Leuten denn doch daran erinnern, daß wir in Essen und Umgebung noch längst keine Verhältnisse wie im sozialdemokratischen Domänen haben. Durch gewisse Umstände an anderen Stellen unermöglicht gemacht, kommen die Herren „Genossen“ schließlich ins Ausgeland und salbabern über Verhältnisse, die ihnen nur vom Hörensagen bekannt sind. Durch die fortgesetzte Wiederholung der Behauptung, daß das Heil der Arbeiter nur in einer Organisation (soll heißen einer sozialdemokratischen) zu finden ist, wird diese Behauptung dennoch nicht wahr. Jedenfalls sind unsere Essener Kollegen stolz darauf, als Angehörige des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in hervorragendem Maße mit daran beteiligt gewesen zu sein, im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Was dem „allmächtigen“ roten Holzarbeiterverband allein unmöglich war, konnte erst dann verwirklicht werden, als unser Verband bestimmd in die Verhältnisse eingriff. Die „Genossen“ haben jetzt in Essen, trotzdem sie in der Gesamtzahlstelle mindestens 100 Mitglieder weniger haben, wie wir, einen besoldeten Beitragskassierer angestellt, allerdings gemeinjam mit einer anderen Organisation. Ja, ja, die Zeiten sind veränderlich. Vor einigen Jahren, wie hier vorübergehend die Stelle des Lokalbeamten unbefestigt war, sah aber zu gleicher Zeit mindestens drei Mann um die Erlangung des Postens kraupfhaft bemüht, wollten ganz besonders Schlaue „Genossen“ unsern Kollegen auf den Werkstellen plausibel machen, daß es mit unserm Idealismus nicht weit her sei, denn wir benötigten zur Erledigung der Geschäfte einen Beamten, während bei ihnen vor lauter „Idealismus“ sich einige Kollegen in die Verwaltungsarbeit „brüderlich“ teilten. Mit dem Resultat allerdings, daß unser „guter Freund“ Jochke gar bald aus diesem Arbeitskongern ausgeschiff wurde. Und heute? Da Fendigt man zur Verwaltung und Kassierung von kaum 600 Mitgliedern selbst zwei Angestellte! So ändern sich die Zeiten.

Zum Schluß wollen wir bei dieser Gelegenheit noch einer ständigen Lüge der hiesigen „Genossen“, namentlich der häufig arbeitslosfindenden, ein seliges Ende bereiten. Es wird unsern Kollegen fortgesetzt vorgeschwindelt, wir hätten bedeutend mehr Arbeitslose, wie die „Genossen“. So wurde noch in den letzten Tagen folpostiert, wir hätten 40 und die „Genossen“ nur 30 Arbeitslose. Wir können glücklicherweise feststellen, daß in dieser Beziehung die „Genossen“ uns voraus sind. Besser als durch Worte, wollen wir es mit zwei Zahlen beweisen. Im 3. Quartal vorigen Jahres zahlten die Genossen in der Zahlstelle von 600 Mitgliedern nach ihrer eigenen Angabe 4999 Mark Arbeitslosenunterstützung, während wir in derselben Zeit nur 727,03 Mk. auszahlten brauchten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unsere Mitglieder bis zu 84 Mark von der Hauptkasse beziehen können, während die älteren „Genossen“, deren stets eine Anzahl dabei ist, nur bis zu 63 Mk. beziehen können. Wenn es bei den Genossen an allen Orten so ähnlich aussieht, brauchen wir uns nicht zu wundern über die verhältnismäßige Ueberlegenheit der gesamten Arbeitslosenunterstützungsumme im roten Verband. Es kommt doch letzten Endes nicht darauf an, was der einzelne Verband überhaupt an Arbeitslosenunterstützung zahlt, sondern was der einzelne Angehörige eines Verbandes vorkommenfalls tatsächlich bezieht. Und da ist unser Verband dem roten zweifellos einige Pferdelaugen voraus.

Unsere Kollegen mögen aus Vorstehendem die einzig richtige Lehre ziehen, daß auch wir viel mehr wie bisher aus der Gewinnung rot organisierter, aber auf unserm Standpunkt stehender Kollegen angelegen sein lassen müssen. Im 4. Quartal haben wir einen ganz guten Fortschritt aufzuweisen. 70 Neuaufnahmen und 2 Uebertritte vom roten Verband, sowie eine Zunahme von circa 30 Mitgliedern, das ist der Erfolg unserer Agitationsarbeit

im 4. Quartal. Zugleich ist dies auch die beste Antwort auf die schmüßige Kampfweise der „Genossen“. Wir bitten die Kollegen, auch im 1. Quartal sich bereitwillig in den Dienst unserer Sache zu stellen, dann wird ein weiterer Erfolg zu erzielen sein.

Namberg. Am 4. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Es waren 43 Mitglieder anwesend. Der Besuch der Versammlungen dürfte noch ein regerer sein. Es gibt immer noch eine Anzahl Kollegen, die recht wenig Interesse am Verbandsleben bekunden. Der Kassierer, Kollege Georg Rung, erstattete den Jahresbericht für 1913. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Michael Dörr, auf die halbtägige Zahlung der noch rückständigen Beiträge hingewiesen, wurde die Neuwahl des Vorstandes getätigt. Gewählt wurden Kollege Michael Dörr, als 1. Vorsitzender, Kollege Michael Engel III als 2. Vorsitzender, Kollege Georg Rung als Kassierer, Kollege Jakob Hertig V als Schriftführer, und Kollege Joseph Dietrich als Beisitzer.

Mm. Samstag, den 10. Januar hielt unsere Zahlstelle die jährliche Generalversammlung ab. Diese war sehr gut besucht. Nach Erstattung des Kassierberichts gab der Vorsitzende, Kollege Stöcker, einen Ueberblick über das verfloßene Jahr. Dabei wies er besonders auf die glänzenden verlaufene Ortskrankenkassenwahl hin. Die Neuwahlen trachten einige Veränderungen, die sich durch Wegzug einiger Kollegen notwendig erwiesen. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Ruppert Stöcker, 2. Vorsitzender: Karl Heinrich, Kassierer: Josef Gatterer, Schriftführer: Dehstle, Beisitzer: Neutemann und Kunhardt, Revisoren: Ade und Hagel, Kartelldelegierte: Stöcker, Gatterer und Wittl. Die bisherigen Vertrauensmänner stellen sich alle wieder voll und ganz in den Dienst unserer Sache. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen für die rege Mitarbeit im vergangenen Jahr und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es im neuen Jahr gelingen möge, die Mitgliederzahl auf 100 zu erhöhen. Er legte dann noch allen Kollegen ans Herz, das Verbandsorgan, sowie die reichhaltige Bibliothek durch eifriges Studium zu unterstützen, auch die Kollegialität in der Gesellschaft wie auch im Betrieb zu pflegen. Weiter wies er hin auf die Agitation unter den Jugendlichen. Mehrere Kollegen sollten dem Vorsitzenden Dank für seine Bemühungen, wie auch dieser Veranlassung nahm, dem verdienten scheidenden Kassierer Kollegen Schwarz und seiner Familie ein herzliches Lebewohl zu sagen.

Trebnitz. Die hier am 4. Januar getätigte Ausschusswahl zur Ortskrankenkasse brachte der christlich-nationalen Arbeiterchaft einen guten Erfolg. Abgegeben wurde für die christlich-nationale Liste 143 Stimmen, für die sozialdemokratische Liste 113 Stimmen, für die Liste des Vorstandes 13 Stimmen. Auf die einzelnen Listen entfielen demnach (in gleicher Reihenfolge) 14, 9 und 1 Vertreter.

Meinungsäußerungen aus Mitgliedertreffen.

Die Agitation unter den Glasern.
In fast allen Zahlstellen dürfte jetzt eine rege Verbearbeitung für unsern Verband betrieben werden. Es sollte aber bei jedem Gewerkschaftler Grundprinzip sein, nicht nur die Angehörigen seines Berufs zu bearbeiten. Alle Arbeiter gehören in die Organisation. In unsern Verband gehören auch hürige recht vieler Berufsgruppen. So die Tapezierer, die Wagner usw. Ich möchte für die Glaser und Rahmenmacher sprechen. Ob es nicht zweckmäßig wäre, auch für diesen Beruf im Verbandsverband zur Belebung der Agitation etwas besonderes zu tun? Es mag richtig sein, daß Rahmenmacherei und Schreinererei verwandlere Berufe sind, als Schreinererei und Wagnererei oder Tapeziererei, zumal ja in Nord- und Südwestdeutschland die Schreiner auch Rahmenmacher sind. In Ost- und Nordostdeutschland ist nur aber die Blauf- und Bleiglasererei zu Hause. Für die christlich-nationalen Blauf- und Bleiglaser gibt es eigentlich in unserer Bewegung keinen einschlägigen Verband, dem sie sich anschließen könnten, obwohl auch für sie am geeignetsten der Holzarbeiterverband ist. Soviel mir bekannt ist, sind auch schon ein Teil darin organisiert. Nun trifft man aber gerade bei den Blauf- und Bleigläsern einen ziemlich ausgeprägten Branchenstolz und wollen diese sich nicht mit den Holzarbeitern in einen Topf werfen lassen. Das ist nun bei den heutigen Verhältnissen vollständig verkehrt. Beständen aber bei uns Glasersektionen, so müßte diese Ausrede von selbst aufhören. Es würde dann auch viel leichter sein, einen größeren Kreis von Blauf- und Bleigläsern bei uns zu organisieren. Es ist ein weites Feld, das da bearbeitet werden könnte. In fast sämtlichen preussischen Provinzen ist die Blauf- und Bleiglasererei vorherrschend. Aber nicht nur für die Blauf- glaser würde es vorteilhaft sein, sondern ich glaube auch für die Rahmenmacher in Mittel- und Süddeutschland. Wie manches könnte in einer Branchenversammlung beraten werden, was dann bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen verwertet werden könnte.

Auch im Glaserberuf ist manches verbesserungsbedürftig, besonders beim Akkordsystem, zumal auch der Beruf immer mehr dem Großbetriebe anheimfällt. Es bestehen schon in einigen Städten Tarife für die Glaser, die auch dank der Lätigkeit unserer Verbandsbeamten von unserem Verband mitabgeschlossen wurden. Es muß aber unsere Aufgabe sein, die Tarife mehr und mehr auszubauen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Glaser sich ihrer Aufgabe mehr wie bisher bewußt werden und sich im Zentralverband christlicher Holzarbeiter zusammenschließen. Ein Teil christlich gegnunter Glaser ist wohl auch noch im roten Glaserverband organisiert, zumal in Süddeutschland. Diesen Kollegen muß bei jeder Gelegenheit vor Augen geführt werden, daß es sich nicht vereinbaren läßt, christlich gesinnt zu sein und gleichzeitig einer sozialdemokratischen Gewerkschaft anzugehören. Wenn nun in unserem Verbandsverbande Glasersektionen beständen, so könnte von der Ausrede, Branchenverbände könnten die Interessen ihrer Mitglieder besser vertreten, nicht mehr die Rede sein. Gerade der Glaserverband mit seinen 4000 Mitglidern, die über das Deutsche Reich und die Schweiz verstreut sind, ist wohl kaum in der Lage, die Interessen seiner Mitglieder wirksam zu vertreten. Fast auf jedem seiner Verbandsstage kommen Anträge aus Zahlstellen auf Anschluß an den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband. Ein Teil der Zahlstellen sind bereits ausgetreten und dort angeschlossen. Auch bei uns haben sich eine Anzahl Kollegen angeschlossen: Ich

erinnere nur an Würzburg. Auch wir christlich organisierten Glaser haben die Pflicht, dahin zu streben, daß auch der letzte christliche Kollege aus den Reihen der sozialdemokratischen Verbände herauskommt und sich uns anschließt.

Auch auf anderen Gebieten könnte, beständen Glasersektionen, manches geboten werden. Dem letzten Verbandsstag lag z. B. ein Antrag von Bamberg vor: „Das Verbandsorgan ist so auszubauen, daß des öfteren Artikel für Glaser- und Rahmenmacher gebracht werden.“

Der Antrag ist wohl gut, aber ich glaube, erst müssen sich die Glaser selbst mehr betätigen, sie müssen mehr mitarbeiten, daß die Zahl der Glaserkollegen in unserm Verband ständig eine größere wird. Die Zeit ist jetzt günstig. Denke man darum allenthalben an die Glaser. Wenn der Hauptvorstand sieht, daß wir vorwärts streben und sich unsere Zahl vermehrt, wird man in Zukunft uns ganz gewiß eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Aber nicht nur jetzt darf die Verbearbeitung betrieben werden; sie muß vielmehr eine ständige sein. Emsiges Ringen führt zum Gelingen! Darum angewandt, ihr Glaser, und zeigt, daß auch ihr bereit seid, unseren Verband zu stärken und dadurch eure Lage zu verbessern! — Vielleicht ist der eine oder andere Kollege in der Lage, weitere Anregung in der Sache zu geben. K.

Frankengeldzuschusskasse.

Die Kassensührer wollen das unter Bekanntmachungen des Vorstandes über „Selbstbestellungen“ Gesagte ebenfalls beachten.

Sterbefall.

Geinrich Wenger, Schreiner, 30 Jahre alt, gestorben zu Krefeld.
Gerhard Anton Boden, Schreiner, 45 Jahre alt, gestorben zu Düsseldorf.

Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Bauarbeiterschutz in den christlichen Gewerkschaften.
Vor einigen Tagen traten in Köln die Vertreter der am Bauarbeiterschutz interessierten christlichen Gewerkschaften zusammen, um über die zu treffenden Maßnahmen zur Organisation des Bauarbeiterschutzes zu beraten. Als Zentralinstanz für die einzuleitenden Schritte bildete sich ein geschäftsführender Ausschuss des Gesamtverbandes für Bauarbeiterschutz, dem Vertreter der fünf Verbände angehören, die aus Bauarbeitern bestehen, der Bauarbeiter in ihren Reihen zählen, des Bauarbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes, des Malerverbandes, des Holzarbeiterverbandes und des Verbandes der Keramik- und Steinarbeiter. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernahm der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes Kollege Wiedeberg. Der Ausschuss wird regelmäßig oder nach Bedarf von Zeit zu Zeit zusammentreten, um die vorzunehmenden Arbeiten zu beraten und Aktionen zur Besserung des Schutzes der Bauarbeiter einzuleiten. Die Geschäfte des Ausschusses werden von der kürzlich beim Generalsekretariat des Gesamtverbandes errichteten Zentralstelle für Bauarbeiterschutz geführt, die Kollege Butterbrodt leitet. Es wurde beschlossen, in eine intensivere Agitation für den Bauarbeiterschutz einzutreten, zumal die gegenwärtige Lage des Schutzes für Leben und Gesundheit der auf Bauten beschäftigten Arbeiter meist noch sehr trübsal ist. Die Kollegen vom Baufach werden dringend aufgefordert, sich mit den Fragen des Bauarbeiterschutzes dauernd eingehend zu beschäftigen. Jeder muß sich Kenntnis der im Interesse des Bauarbeiterschutzes jetzt schon bestehenden Vorschriften verschaffen. In allen Orten sollen sich aus den Vertretern der baugewerblichen Verbände Bauarbeiterschutzkommissionen bilden. In der Konferenz wurde die Herausgabe einer Broschüre über die gegenwärtige Lage des Bauarbeiterschutzes beschlossen. In dieser Broschüre sollen die Entwicklung und der Stand des Bauarbeiterschutzes beleuchtet und Richtlinien für unsere künftige Arbeit gezogen werden. Die im Baugewerbe tätigen Mitglieder unseres Verbandes werden gebeten, an die Bearbeitung der mit dem Bauarbeiterschutz zusammenhängenden Fragen energisch heranzutreten. Seitens der beim Generalsekretariat errichteten Zentralstelle für Bauarbeiterschutz werden sie Anregungen und weitgehendste Unterstützung finden.

Internationale Union der Holzarbeiter. Die unter Führung des deutschen soziald. Holzarbeiterverbandes stehende Internationale Union der Holzarbeiter, hält im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongress in den Tagen vom 20. bis 23. August d. J. ihren vierten Kongress in Wien ab. Der Internationalen Union gehören in 20 Ländern 41 Holzarbeiterverbände mit ungefähr 400 000 Mitgliedern an. Nicht ausgeschlossen ist der große englische Bauarbeiterverband mit 87 000 Mitgliedern, der aber z. St. über den Anschluß durch eine Urabstimmung beschließen läßt. Auf der Tagesordnung des Wiener Kongresses steht neben den geschäftlichen Dingen u. a. auch die Frage der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Zum Kongress sind eingeladen die gewerkschaftlichen Organisationen der Holzarbeiter in allen Ländern. An die gewerkschaftlichen Verbände der christlich-gesinnten Holzarbeiter wird man dabei kaum gedacht haben. Diesen würde man gewiß auf dem Kongress einen ähnlichen Empfang bereiten, wie den Delegierten des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter auf den Internationalen Bergarbeiterkongressen, die, als sie erschienen, von den Beratungen ausgeschlossen wurden.
Reghäusers tragliches Ende. In der Tagespresse las man in der letzten Woche:
„Der aus der Gewerkschaftsbewegung bekannte Ludwig Reghäuser aus Raboltszell am Bodensee weckte seit einigen Tagen mit seiner Reden, der Gattin seines Weibes, in Fronen. Auf einem Ausfluge falken sie den Reghäuser sich im Rade mit einem

zu töten. Nach vielen Stunden erwachte aber Reghäuser wieder und versuchte nun, sich mit seinen vollständig erstarren Händen die Pulsadern zu öffnen, was ihm aber nicht gelang.

Das ist ein geradezu trauriges Ende eines Mannes, der 16 Jahre an der Spitze der „Organisation von Holzr.“ genantet Verband der Deutschen Buchdrucker, gestanden und durch seine Tatkraft und — das muß anerkannt werden — durch seinen Eifer den Verband erst zu der heutigen Stärke gebracht hat.

Soziale Rundschau.

Als ehrliches Grundriss. Die Broschüre des Kollegen Reichstagsabgeordneten Behrens über die Gründung der Deutschen Volksversicherung, die der „öffentlich-rechtlichen“ Volksversicherung so gründliche Wahrheiten sagt, scheint dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Rapp und seinem Anhang stark auf die Nerven gefallen zu sein.

Die sozialdemokratische Volksfürsorge ist nur zu überwinden dadurch, daß man ihr eine öffentliche Volksfürsorge, eine von Staatswegen, oder vielmehr eine in der Form des gemeinen Rechts, im Rahmen des öffentlichen Rechts gegenüberstellt, in welcher weder das Staatskapital noch die halbpolitischen Parteiorganisationen etwas zu sagen haben.

je mehr der Arbeiter versichert, um so weniger zahlt er Organisationsbeiträge.

Das ist wenigstens ehrlich! Die „Öffentlich-Rechtlichen“ sind nach ihrem eigenen Eingeständnis „ein Feind des Organisationsgedankens“, sie wollen die „unfreie Organisationskrankheit“ bekämpfen und bieten etwas „Besseres“ als „Organisation“. Das Drolligste ist, daß die Herrschaften sich zu gleicher Zeit bemühen, Arbeiterorganisationen zur Mitarbeit an ihrem Unternehmen zu gewinnen.

Soziale Rechtfprechung.

Arbeitskämpfe, Boykott und Rechtfprechung. Anlässlich einer Tarifbewegung der Bäcker in Düsseldorf wurde von der „Lohnkommission“ und der „Boykottkommission“ öffentlich zum Boykott der Brotfabriken aufgefordert.

Aus dem gewerblichen Leben.

Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe um die Jahreswende. Fast in jedem Jahre läßt sich am Jahreschluß und Jahresanfang eine größere Arbeitslosigkeit feststellen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

ber auf dem Nachweis eingetragenen 6061. Hoffentlich wird das neue Jahr mithelfen, die Zahl zu verringern.

Die Hoffnung, das neue Jahr werde die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin verringern, hat sich leider vorerst noch nicht erfüllt. Am Schlusse der ersten Woche im neuen Jahr stieg die Zahl bis auf 6392.

Steigende Dividenden und steigende Aufträge der Waggonfabriken. Werke, die bisher keinen Gewinn brachten, schütten zum ersten Mal ihren Aktionären Gewinne in den Schoß. Andere Waggonbauanstalten, die bisher schon mit Profit arbeiteten, zahlen höhere Dividenden.

Adressenveränderungen.

Hamburg, V. Andreas Einsmeier, Bernerstraße 5 302 I. St. I. Dunderstadt, V. R. Sch. Luze, Steintor 538. Usm, R. Gatterer, Usm-Sößlingen, Weidstraße 3, 12—1/21 u. 7—8.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (Kriegsversicherungs bis zur Höhe von 1500 Mk. ab. 14-jährige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 50 Pfennig. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme.

Die Krankengeldzuschüsse

des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Sitz Köln, Benlserrwall 9, ist allen, nicht über 40 Jahre alten Verbandsmitgliedern offen. Freitag nach No. 20, 30, 45 oder 55 Pfennig pro Woche.

Eingelagte Journiere für Nähtische, Spateln und Fäskungen.

Reparaturen gegen 20 Pf. in Briefmarken. Besondere Fertigungsarbeiten. Gustav Viller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Überall kann man hören

das Wort „Der heilige Geist“ hat keine Zeit, denn es ist ein Ruf, der jeden erheitert. Das ist das Wort, das mit uns redet, das uns in die Hand nimmt und uns zu Gott führt.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf. TAGES-KURSE FÜR SCHREINER. (44 Std. wöchentl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buch-, Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch-, u. Körperberechn., gewerbliche Gesetzeskde., Stil- u. Formel-, Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen).